

Überzeugen durch Handeln

Die ersten hundert Amtstage – Interview mit dem Berliner Landesbehindertenbeauftragten Dr. Jürgen Schneider

Dr. Jürgen Schneider, Jahrgang 1949, verheiratet, Vater eines Sohnes, ist seit 1983 bei der Berliner Senatsverwaltung für Soziales im Bereich Behindertenpolitik tätig und seit dem 21. Februar 2010 Landesbehindertenbeauftragter von Berlin.

Herr Dr. Schneider, welche Gründe haben für Sie persönlich eine Rolle gespielt, Landesbehindertenbeauftragter zu werden?

Ich bin gefragt worden, ob ich das machen würde und hatte zunächst um zwei Tage Bedenkzeit gebeten. Dann bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Bewerbung mein Berufsleben auch inhaltlich abrunden würde und ich vieles von dem, was ich in der Vergangenheit auf den Weg gebracht hatte, in der neuen Funktion weiterentwickeln könnte.

Sie kommen aus der Verwaltung, nicht aus der Behindertenbewegung wie Ihr Amtsvorgänger. Wie werden Sie von der Verwaltung jetzt wahrgenommen, wie gestaltet sich die Zusammenarbeit?

Dr. Jürgen Schneider



Ich kenne die Verwaltungsabläufe und selbstverständlich auch die anderen Senatsverwaltungen. Die Wahrnehmung der einzelnen Häuser ist natürlich sehr unterschiedlich. Für manche Bereiche bin ich ein neuer Ansprechpartner, es hat ja auch in vielen Häusern einen Generationswechsel gegeben. Zu anderen Verwaltungen ist es mir bereits in der Vergangenheit gelungen, über längere Zeit fachliche Kontakte zu unterhalten. Damit kam ein Zusammenarbeiten zustande, das jeder Seite genutzt hat. Meine feste Überzeugung ist, dass aufgrund der Verrechtlichung vieler Lebensbereiche es einfach nötig ist, dass man in eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Bereichen kommt, um dort auch Verständnis für das eigene Anliegen erreichen zu können und nicht nur Abwehrreaktionen auszulösen.

Wie ist denn die Akzeptanz von außen, wie nehmen Sie die wahr?

Es ist kein Geheimnis, dass es auch im Landesbeirat durchaus Gegenstimmen zu meiner Berufung gab. Bei manchen Gruppen gab es wenig Erfahrungen und gemeinsame Schnittpunkte mit mir. Das hat sich meiner Wahrnehmung nach jetzt in der konkreten Arbeit deutlich verändert.

Hat sich für Sie auch etwas geändert?

Ja, wahrscheinlich aber weniger als man vielleicht von außen denken könnte. Mein Selbstverständnis in der Vergangenheit war schon immer, dass ich Positionen bezogen habe, die nicht unbedingt verwaltungstypisch waren. Ich hatte schon

damals das Selbstverständnis, dass ich auch lernen wollte. Häufig wird Verwaltung als eine Einrichtung wahrgenommen, die per Definition eben alles weiß und auch so auftritt. Ich habe immer gern das Gespräch zu denen gesucht, die Themen voranbringen und umsetzen wollen. Insofern hab ich mich damit auch schon früher als ein Element der Behindertenbewegung gesehen.

Wie stellen Sie sich Ihre Amtszeit vor: mit einem relativ hohen Maß an Kontinuität zu ihrem Vorgänger oder auch mit Brüchen?

Das ist eine interessante Frage. Dazu muss man sagen, dass Martin Marquard vor und nach seinem Amtsantritt bereits in engem Kontakt mit mir stand. Wir haben auch da schon in der Arbeit unter-



schiedliche Herangehensweisen gehabt, darin unterscheiden wir uns wahrscheinlich stärker als in den Inhalten. Ich denke, man kann ein Problem nur angehen, wenn man schonungslos die Tatsachen auf den Tisch legt und damit feststellt, wo befinde ich mich, wo will ich hin. Ich mag z.B. keine Appelle, gerade im Zuge der Umsetzung der UN Konvention wird häufig auch von Seiten der Behindertenvertreter an vermeintlich oder tatsächlich Zuständige appelliert, die unsere Anliegen aber in der Regel nicht als ihr Hauptanliegen sehen. Auf diese Weise kommen

wir aber nicht weiter. Deshalb hab ich auch in der Arbeitsgruppe, die wir beim Landesbeirat zur UN-Konvention unterhalten, immer wieder gesagt, wir können uns nicht der Aufgabe entziehen, uns in die Themenbereiche selbst einzuarbeiten, die gesetzlichen Grundlagen zu sichten und dann auch die Ansatzpunkte genau zu identifizieren, an denen wir ansetzen müssen. Das denke ich, ist mein Credo: so genau wie möglich in die Themenbereiche einsteigen und dann nicht locker lassen und so auch Veränderungen in Gesetzen erreichen. Darüber hinaus müssen Kontrollmechanismen eingebaut werden. Man muss Statistiken führen, die Entwicklungen kontrollieren und die Frage klären, welche zukünftige Funktion der Landesbeauftragte bei der Umsetzung der UN-Konvention haben soll. Ich sehe meine Funktion weniger darin, etwas zu koordinieren, als darin, auch zu schauen und nachzuprüfen, ob die richtigen Wege beschritten werden.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeirat?

Der Landesbeirat ist für meine Arbeit der Hauptansprechpartner. Darüber hinaus ist er ein Beratungs- und sogar ein Kontrollgremium für mich. Bereits in der Vergangenheit haben wir gern sehr lebendige Diskussionen geführt. Denen bin ich nicht aus dem Weg gegangen, weil ich denke, es bringt nichts, unterschiedliche Meinungen hinterm Berg zu halten. Im Gegenteil, wenn man zusammenarbeitet, müssen Konflikte und Themen ausdiskutiert werden, damit man dann mit einer Stimme sprechen kann. Es wäre verheerend, wenn der Landesbeirat und der Landesbeauftragte zu einem wichtigen Schwerpunkt unterschiedliche Positionen vertreten, daher sollte es in einer Sitzung auch mal hoch hergehen dürfen, um anschließend gestärkt und gemeinsam das jeweilige Thema anzugehen. Jetzt werden wir die neuen Arbeitsgruppen besetzen und dann zusammen mit anderen Senatsverwaltungen thematische Arbeitsgruppen bilden.

Was wünschen Sie sich für die nächsten fünf Jahre?

Wir haben in der Vergangenheit auch im Vergleich zu anderen Bundesländern viel erreicht, sind aber seit Jahren dabei, in wichtigen Bereichen das durch Gesetze und untergesetzliche Regelungen erreichte Niveau durch Vollzugsdefizite wieder zu verlieren. Insbesondere im Baubereich beschert uns das deregulierte Bauordnungsrecht, also die mangelnde Vollzugskontrolle, Umsetzungsdefizite, die in Beton gegossen, die Lebenswirklichkeit einer immer älteren werdenden Bevölkerung bestimmen werden. Das gilt z.B.



auch für nicht barrierefreie Schienenfahrzeuge, die heute angeschafft werden und dann für mindestens 30 bis 40 Jahre im Verkehr bleiben.

Es gibt also gegenwärtig in einigen Bereichen eher mehr als weniger Vollzugsdefizite, Defizite sehe ich aber auch im menschlichen Bereich, in der Akzeptanz von Menschen mit Behinderung, auch wenn uns gerade in der Zusammensetzung des Landesbeirats durch die Berufung eines Vereins, der die Interessen von behinderten Menschen mit Migrationshintergrund vertritt, ein wichtiger Durchbruch gelungen ist. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen mit Behinderung muss noch stärker erfolgen als bisher und sich in der Umsetzung des Inklusions-

anspruchs in allen Lebensbereichen manifestieren. Dafür müssen aber die konkreten Voraussetzungen in der Lebenswirklichkeit von Menschen mit und ohne Behinderung geschaffen werden. Appelle nützen nichts, das Sein bestimmt das Bewusstsein. Also wünsche ich mir ein Artikelgesetz zur Umsetzung der UN-Konvention in Landesrecht, das alle wichtigen Landesgesetze einbezieht.

Von der Politik über den Landesbeirat zu den Organisationen, Verbänden und kleinen Initiativen. Was wünschen Sie sich von denen?

Mitarbeit, ganz konkrete Mitarbeit. Mit einsteigen in die Diskussionsprozesse, Know-how einbringen, vielleicht auch Leute delegieren. Martin Marquard hatte schon in seinen Tätigkeitsberichten darauf hingewiesen, dass sein Büro personell sehr dünn ausgestattet war, dass wir eine Vielzahl von Themenbereichen haben und dass sich die hohen Erwartungen durch die UN-Konvention enorm gesteigert haben. Das Wichtigste bei der UN-Konvention ist, dass wir das Eisen schmieden müssen, so lange es noch heiß ist. Wenn da noch ein paar Jahre vergehen und sich nichts substantiell ändert, dann ist die Chance tot. Deshalb müssen sich nicht nur der Landesbeirat und ich anstrengen, sondern auch die Vereine und Verbände. Denn auch für die kommt diese Gelegenheit nicht noch mal.

Herr Dr. Schneider, vielen Dank für das Gespräch. WIR wünschen Ihnen für Ihre Amtszeit viel Erfolg.

Ursula Rebenstorf / Thomas Golka

Das Recht auf selbstbestimmte Sexualität

Frauen mit Behinderung im Familienplanungszentrum BALANCE



Nicht ihre Weiblichkeit, sondern die Behinderung steht meist im Blickpunkt aller medizinischen Maßnahmen und Aktivitäten“, so Dr. Gisela Hermes, Professorin an der Fakultät für soziale Arbeit der Fachhochschule Hildesheim und ehrenamtliche Leiterin des Bildungs- und Forschungsinstituts zum selbstbestimmten Leben behinderter Menschen (bifos) in Kassel. Die Erfahrungen des Berliner Familienplanungszentrums BALANCE bestätigen Hermes' Kritik und zeigen, dass die Zahl der Frauen, die aufgrund erheblicher Zugangsbarrieren den Besuch einer gynäkologischen Praxis scheuen, erschreckend hoch ist. „Gerade bei gynäkologischen Untersuchungen und Beratungen zu ihrer Sexualität haben behinderte Frauen einen besonderen Bedarf“, betont Sybill Schulz, Geschäftsführerin von BALANCE: „Sie brauchen mehr Zeit, Sensibilität und entsprechend geschultes Personal.“

Oft ist eine medizinische Untersuchung das Ergebnis mehrerer Sitzungen bei einer der Sexualberaterinnen bei BALANCE. Das hängt von der Vorerfahrung und der Schwere der Behinderung ab. Eine 30-minütige Untersuchung bei einem der niedergelassenen Gynäkologen reicht da nicht aus. „Wir sehen Bedarf bei Frauen, die bei anderen Gynäkologen keine Termine bekommen, weil sie aufgrund ihres erhöhten Zeitbedarfs unerwünscht sind“, konstatiert Sybill Schulz. So erhält jede Frau bei BALANCE pro Sitzung eine Stunde Zeit für ihre Fragen und für medizinische Untersuchungen. Durch eine Mischfinanzierung aus Geldern der Kasernenärztlichen Vereinigung (KV), Lottoge-

winnen, Subventionen durch den Berliner Senat, Mitteln der „Aktion Mensch“ und nicht zuletzt durch erwirtschaftete Eigenmittel wird diese Arbeit möglich. Dennoch ist das Budget knapp und zwingt die Geschäftsführerin stets zu weiteren Verhandlungen mit den Krankenkassen.

Die gesetzliche Grundlage

Laut § 2a, SGB V, ist den besonderen Belangen behinderter und chronisch Kranker Rechnung zu tragen. Umso erstaunlicher sei es, dass keine gesetzliche Grundlage dem erhöhten Anspruch von Frauen mit Behinderung bei einem Frauenarztbesuch und den entsprechend verursachten Kosten gerecht werde, findet Sybill Schulz. So höre sie schon seit Jahren auf verschiedenen Podiumsdiskussionen und in Verhandlungen mit der KV, dass die Zahl der barrierefreien gynäkologischen Praxen ausreichend sei und kein Frauenarzt Patientinnen aufgrund ihrer Behinderung ablehne. „Wir wissen, dass es sich anders verhält“, so Sybill Schulz. Es gehe nicht darum, dass der Rollstuhl in die Praxis hineinfahren kann, die Vielfältigkeit der Behinderungen werde von den Ärzten oft unterschätzt. Das Wissen über die spezifische Behinderung einer Patientin spielt aber z.B. bei Fragen zu Verhütung, Frauengesundheit und Schwangerschaft eine große Rolle. Gerade hier bestehe Fortbildungsbedarf bei den Medizinern. Jene innere Einstellung und Erfahrung bringen die Mitarbeiter bei BALANCE mit.

Beratungsangebot
zu Sexualität,
Partnerschaft,
Familienplanung
und Verhütung für
Menschen mit
Behinderungen im
Familienplanungs-
zentrum -
BALANCE
Mauritiuskirch-
straße 3
10365 Berlin
Tel.: 23 62 36 80
Fax: 2 36 23 68 80
E-Mail: [balance@
fpz-berlin](mailto:balance@fpz-berlin)
www.fpz-berlin.de

Ursula Rebenstorff

Hubert Hüppe, der neue ...

... Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, hat sich vorgestellt

Viele Menschen mit und ohne Behinderung kamen am 25. März 2010 aus allen Bundesländern zu seinem ersten Jahresempfang ins Kleisthaus. Bereits als die Bundestagswahlen anstanden, machten sich viele Aktive aus der Behindertenszene Gedanken darüber, wer denn nun wohl der/die Nachfolger/in von Karin Evers-Meyer (MdB SPD) und dem wegweisend auf dem Behinderten-sektor aktiven Karl-Herrmann Haack (MdB SPD), der u.a. aus dem Kleisthaus eine anerkannte Kultureinrichtung machte, werden würde. Es gab sogar so etwas wie Ratlosigkeit, nachdem der langjährig bekannte und aufgrund seiner hervorragenden Arbeit anerkannte Behindertenbeauftragte der CDU, Hubert Hüppe, bei diesen Wahlen nicht in den Bundestag gekommen war. So spürte man förmlich das Aufatmen, als durchsickerte, dass Hubert Hüppe von der CDU für das arbeitsintensive Ehrenamt des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen designiert worden war.

Es kann nicht nur die Freude an der Amtsübernahme durch Herrn Hüppe gewesen sein, es muss auch am angekündigten Besuch des Bundespräsidenten gelegen haben – nur selten hatten sich bisher so viele Gäste zu einem Jahresempfang im Kleisthaus zusammengefunden. Von höchsten Würdenträgern über Parteien- und Wirtschaftsvertreter, Menschen mit Behinderung und ihre Vereins- und Verbandsrepräsentanten aus allen Bundesländern – alle waren gekommen, so dass die Enge drangvoll war, die Stuhlreihen im größten Saal so eng standen, dass ein Vordringen in die vorderen Reihen für Rollstuhlfahrer bis auf wenige Ausnahmen praktisch unmöglich war.

*Hubert Hüppe und
Hannelore
Bauersfeld*



Mir war es bis in die zweite Reihe links vorzudringen gelungen, aber dann ging nichts mehr, denn die Phalanx der hochgewachsenen, breitschultrigen Ehrengäste in der ersten Reihe vor dem Podium bildete eine unüberwindliche Mauer für meine Fotolinse, und als sich dann alle Anwesenden aus protokollarischen Gründen beim Eintritt des Bundespräsidenten in den Saal erhoben, war es aus mit meiner Fassung und pure Platzangst packte mich. Auf Augenhöhe vor mir Pos und Rücken, seitlich von mir gefaltete Hände und Bäuche, wohin ich nur schaute ...

In meiner Verzweiflung zeterte ich los, wurde ausgebuht von den Würdenträgern und Amtsinhabern, die mir „Pssst!“ und „Staatsprotokoll“ zuzischten. Viel zu schnell

hatte Dr. Peter Radtke seine launige Rede „Das erste Wort“ beendet, in der er von seinem Traum berichtete, in dem Menschen mit Behinderung das Sagen hatten. Und auch die Begrüßungsworte von Herrn Hüppe „Aus meiner Sicht“, mit denen er seine künftigen Arbeitsschwerpunkte als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange Behinderter Menschen sowie die Kulturarbeit des Kleisthauses umriss, waren humorvoll, kurz und prägnant.

Hannelore Bauersfeld



LIS e.V. feiert sein zehnjähriges Bestehen

Mein Gott, wie die Zeit vergeht! LIS ist schon zehn Jahre auf der Welt. Der Vereinsvorsitzende Dr. Pantke hat trotz seiner Erkrankung am Locked-in-Syndrom etwas aus dem Verein gemacht, das sich sehen lassen kann. Am Anfang haben die Vereinsmitglieder noch selbst über ihre Erkrankung und die daraus resultierenden Erfahrungen referiert. Jetzt tummelt sich eine Wissenschaftlerelite aus halb Europa auf den Konferenzen von LIS e.V. und tauscht Ideen und neueste Forschungsergebnisse zum Locked-in-Syndrom und angrenzende Gebiete aus. So auch dieses Mal wieder. Vom 26. bis 28. März 2010 feierte LIS e.V. in Rheinsberg sein Jubiläum mit einer groß angelegten internationalen Konferenz. 150 Teilnehmer aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Norwegen und der Schweiz gratulierten und referierten. Kurz: Drei Tage – volles Programm.

Erst in jüngster Vergangenheit hat sich immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass mittels frühzeitiger und andauernder intensiver Reha-Maßnahmen LIS-Patienten erstaunliche Fortschritte erzielen, die ein eigenständigeres Leben ermöglichen. Die Notwendigkeit einer lebenslangen Therapie mit Anpassung an das aktuelle Rehabilitationspotential bleibt jedoch.

LIS-Patienten leiden u.a. an Dysarthrie, das heißt, dass sie sich nicht sprachlich verständlich machen können. Deshalb stand im Mittelpunkt der Konferenz die Entwicklung von Brain-Computer Interfaces (BCI). Mit der Kraft der Gedanken Geräte wie Rollstühle, Gehhilfen oder Computer zu steuern, klingt wie Science-Fiction. BCI sind jedoch auf dem Weg in den klinischen Alltag. Sie werden jenen Patienten helfen, die weder sprechen noch sich bewegen können, ihre Wünsche und Bedürfnisse ihrer Umwelt mitzuteilen. „BCIs zur direkten Hirnkommunikation von Gelähmten funktionieren in allen Stadien der ALS überraschend gut – bis auf den kompletten Locked-in Zustand“, so Professor Birbaumer (Eberhard-Karls-Universität Tübingen). Noch eignen sich Mehrkanalelektroden (die auf einem badekappenähnlichen Helm angebracht sind) nicht für den alltäglichen Gebrauch, doch an neuen Techniken wie Trocken-elektroden oder Nicht-Kontakt Elektroden wird intensiv geforscht.



Tagung im Hotel HausRheinsberg

Natürlich organisiert LIS e.V. nicht nur internationale Konferenzen, sondern ist selbst an einem wichtigen Projekt namens „Mobilisationsassistent“ im Vivantes-Klinikum Spandau aktiv. In diesem Projekt wird ganz praktisch die oben postulierte Erkenntnis „je früher und intensiver die Reha-Maßnahmen, desto größer der Erfolg“ in die Tat umgesetzt. Also dann, Prost auf die nächsten zehn Jahre!

Friedemann Knoop